

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter

und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 24.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieg, Hannover.
Druck von Börske & Köber, Hannover.

Hannover,
12. Juni 1903.

Abonnementspreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Pr.
20 Pf. — Geschäfts-Insertate: die sechsgep. Petitzeile
30 Pf., b. Wiederh. Rabatt. Und. Insertate die Petitzeile 20 Pf.

13. Jahrg.

Vor der Schlacht!

Mann der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne Deine Macht!

Der Wahltag zum Reichstag rückt heran, nur wenige Tage noch trennen uns von dem Tage, wo jeder wahlfähige Deutsche sein Stimmrecht — das er dank der Wahlrechtsverschlechterung in Folge der Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre seitens der bürgerlichen Reichstagsmehrheit alle fünf Jahre nur einmal ausüben darf — auszuüben hat und als Arbeiter in seinem Interesse ausüben muß. Vor dem Tage der Entscheidung ist eine Klärung der Situation nötig. Innerhalb 5 Jahren kann viel zu Gunsten oder Ungunsten auf dem Gebiete der Gesetzgebung für die Arbeiter geschaffen werden; durch eine einzige Abstimmung im Reichstage kann das durch die gewerkschaftlichen Organisationen Erreungene in irgend einer Weise illusorisch gemacht werden, wie z. B. die durch die Gewerkschaften erzielten höheren Löhne durch die Verteuerung der Lebensmittel z. B. auf dem Wege der Gesetzgebung, wie bei dem Zolltarif; durch eine einzige Abstimmung im Reichstage kann die Brausteuer ins Unendliche erhöht, Tausenden von Brauereiarbeitern die Existenz genommen und den Uebrigen die Verbesserung ihrer Verhältnisse kolossal erschwert werden. Daß so etwas verhindert wird, dafür haben die Arbeiter, und vor allen Dingen auch die Brauereiarbeiter, durch Wahl wirklicher Arbeitervertreter einzutreten. Nicht Verschlechterungen, sondern Verbesserungen für die Arbeiterklasse wollen wir und haben wir zu verlangen. Sehen wir uns z. B. einmal die skandalösen Zustände in Bezug auf die Sonntagsruhe in der Brauindustrie an, die gerade in den frommsten Gegenden aller Christlichkeit und dem Gesehe Hohn sprechen. Wo man nicht direkt auf das Gesehe pfeift und die Arbeiter Sonntags gerade so und manchmal noch mehr als an Werktagen ausbeutet, wird eine Auslegungskunst geübt, die die Schutzbestimmungen für die Arbeiter in das Gegenteil umkehrt, und die Behörden lassen sich ein Schnippchen schlagen oder kümmern sich überhaupt um nichts. Auch mit der Sonntagsruhe wird sich der kommende Reichstag in irgend einer Weise befassen und da ist es für die Brauereiarbeiter von Vorteil, wenn möglichst viel wirkliche Arbeitervertreter in den Reichstag einziehen.

Wer diese wirklichen Arbeitervertreter sind, haben wir durch Aussprüche einwandfreier Männer in der vorigen Nummer der „Bräuer-Zeitung“ angeführt. Bismarck, Graf Posadowsky, Bischof Korum und Generaldirektor Köfide haben die Vertreter der Sozialdemokratie als die wirklichen resp. einzigen Vertreter der Arbeiter bezeichnet, auf deren Drängen alles für die Arbeiterklasse Nützliche geschaffen wurde, was überhaupt geschaffen worden.

Sobald es aber zur Reichstagswahl geht, aber auch nur dann, geben sich alle bürgerlichen Parteien merkwürdig arbeiterfreundlich. Das ist nicht sonderbar und nur allzu erklärlich, die Stimmen der Arbeiter hat man gern. Und im gleichen Maße, wie die Arbeiterfreundlichkeit dieser Parteien, die viel zu verlieren haben, vor den Wahlen wächst, wächst die Schimpf- und Verleumdungswuth gegenüber den wirklichen Arbeitervertretern, den Sozialdemokraten; und auch das ist nur zu erklärlich, haben sie an diese Partei doch das Meiste zu verlieren. Was, um die Arbeiter vor ihren wirklichen Vertretern graulich zu machen, in diesem Jahre an Verleumdungen und Lügen über die Sozialdemokratie in den Zeitungen der verschiedenen Parteien und in Flugblättern geleistet wurde, das geht auf keine Ruhhaut; und wieder erklärlicherweise schimpfen und verleumden am stärksten diejenigen, die im verflochtenen Reichstage gegen die Arbeiterklasse am meisten gesündigt haben, die das Volksgericht am 16. Juni, die Fahnenflucht ihrer früheren Wähler und deren Uebergang zur Sozialdemokratie am meisten zu fürchten haben. Nach der Anzahl und dem Inhalt der uns bis jetzt zu Gesicht gekommenen Flugblätter leistet darin besonders das Zentrum ganz Erleuchtliches. Gleichzeitig umgibt es sich mit einem Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit, der diesem Erzfeind gegen die Interessen der Arbeiter wahrlich schlecht zu Gesicht steht. Diese Handlungen des Zentrums sind aber durchaus zu verstehen. Den Zolltarif alias Brot u. u. hat die deutsche Arbeiterklasse, und die Verteuerung der Brauereierzeugnisse durch den Zolltarif haben die

Brauindustrie und die Brauereiarbeiter dem Zentrum zu verdanken, das darf nicht vergessen werden. Und wenn im neuen Reichstage eine Erhöhung der Brausteuer eintreten sollte, haben es die Brauereiarbeiter wiederum dem Zentrum zu verdanken, sobald es in der gleichen Stärke wie bisher im Reichstage einzieht und seine Rolle als „regierungsfähige“ Partei weiter spielt; denn als regierungsfähige Partei kann das Zentrum garnicht umhin, das Reich aus der Finanzklemme, in die es durch dieselbe Regierungsfähigkeit hineingekommen ist, zu befreien, und hierzu ist das Mittel der Regierung die Erhöhung der Brausteuer in erster Linie.

Die katholischen Arbeiter haben den Volksverrath ihrer Führer erkannt, überall und besonders in den Industriebezirken rebellieren sie gegen diese Zentrumspolitik der Volksausbeutung, daher die äußerste Anstrengung der Zentrumsführer, die aufgeregten katholischen Arbeiter zu beschwichtigen, sie über den wahren Stand der Dinge zu täuschen und sie vor der Sozialdemokratie graulich zu machen, an welche sie die katholischen Arbeiter zu verlieren fürchten. Das Zentrum hat wenig Glück damit, sein Arbeiterverrath ist auch von den katholischen Arbeitern erkannt; wie diese über die Brotwucherpolitik des Zentrums denken, davon zeugt ein von seinen eigenen Parteigenossen in Düsseldorf herausgegebenes Flugblatt, in dem es u. A. heißt:

„Durch eine ganz bedauerliche, verkehrte Richtung unserer Parteipolitik, durch einseitige reaktionäre Ziele, welche die Interessen des Volkes schädigen, droht unser Zentrum den Rückhalt im Volke langsam aber mit unfehlbarer Sicherheit zu verlieren, ähnlich wie wir es bei den Nationalliberalen erlebt haben.“

„Mitbürger! Die ganze Zukunft unseres Volkes ist bedroht, und wo bleibt unser Zentrum, wo bleiben unsere alten idealen Ziele? Auch im Zentrum drohen reaktionäre volksfeindliche Elemente zur Herrschaft zu gelangen, und schon muß man befürchten, daß unsere Partei die alten Wahlen Windthorst's völlig verliert und verliert. Das zeigt schon die Haltung der großen Mehrheit unserer Zentrums-Abgeordneten gegenüber der Zollvorlage im vorigen Jahre.“

„Der Arbeiter, der Handwerker, der Geschäftstreibende, die große Masse der kleinen Bauern, alle werden durch diese Preissteigerung der Lebensbedürfnisse aufs Schwerste geschädigt. Wer aber hat den Nutzen? Der, welcher es am wenigsten nötig hat. Die Getreidezollerhöhung würde z. B. dem Fürsten v. Hohenzollern-Sigmaringen 503 000 Mark einbringen, dem Fürsten v. Pleß 511 000 Mark, dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen 333 000 Mark.“

„Mitbürger! Diese endlose Steigerung der indirekten Steuern und Zölle ist von den alten Führern des Zentrums aufs Schärfste verurtheilt worden. So erklärte Dr. Windthorst im Jahre 1887:

„Es ist endlich Zeit, mit den indirekten Steuern aufzuhören, und wenn wir weitere Bedürfnisse haben, auf die direkten (Einkommens- und Vermögens-) Steuern zurückzugreifen, weil wir sonst den Arbeitern gerechten Anlaß zu Klagen geben.“

Ebenso sagte der Mitbegründer des Zentrums, Abgeordneter Dr. Reichensperger, 1892 im Reichstage:

Für mich steht es außer aller Frage, daß eine andauernde Aufrechterhaltung des Zolles von 5 Mark absolut unmöglich ist; denn ein solcher Zoll beträgt auch bei den heutigen exorbitanten Preisen noch immer 20 Prozent, und bei normalen mittleren Preisen würde er 30 bis 40 Prozent betragen. Das geht meiner Meinung nach nicht an gegenüber dem allernotwendigsten Lebensbedürfnis.“

Die Worte wurden damals im Zentrum mit allgemeinem Bravo begrüßt. Und heute mag es unser Abgeordneter, das Volk doppelt und dreifach zu belasten, um den Kornjurken Millionengewinne zu machen.

Zw Jahre 1897 versprach ein älteres Flugblatt (Nr. 6) des Volksvereins für das katholische Deutschland:

„Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo der jetzige Zolltarif einer Revision unterzogen werden wird; dann wird das Zentrum nicht verfehlen, bestehende Gärten zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß, soweit dies mit dem Schutze der heimischen Produktion, insbesondere der Landwirtschaft, vereinbarlich ist, die Verbrauchartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Genußsucht, dem Brunn und Luxus dienenden Gegenstände stärker herangezogen werden.“

Derselbe Volksverein aber giebt im Jahre 1900 ein Flugblatt (Nr. 17) aus: „Warum ist eine Erhöhung der Getreidezölle notwendig?“ worin er statt einer Entlastung eine gewaltige Mehrbelastung der ärmeren Bevölkerung empfiehlt. Der hungernde Arbeiter aber erhält folgenden faulen Trost für die Brotverteuerung:

Demgegenüber werden die Industriearbeiter die durch die höheren Getreidezölle und Brotpreise erwachsenden Mehrausgaben dadurch wieder einzubringen suchen müssen, daß sie durch Drängen auf weitere Fortführung der Arbeitergesetzgebung und besonders durch genossenschaftliche Selbsthilfe in den Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften ihr Bohneneinkommen zu erhöhen streben.

Mitbürger! Das ist ein schwächlicher Verrath am deutschen Volke! Woher denn diese Aenderung der Meinung? Das Zentrum, welches einst nach der freiständigen Seite hinneigte, ist nach rechts, zu den Konservativen und Junkern abgelenkt, um mit diesen Regierungspartei zu spielen!“

„Ghe das Zentrum die letzte große Flottenvorlage mit durchbrückte, schrieb das führende Blatt unserer Partei, die „Germania“, am 1. November 1899:

„daß es ihr widerstrebe, die Kosten der Flottenvermehrung durch eine Brotverteuerung den Arbeitern abzunehmen.“

Das Zentrum mußte der Regierung die Kosten der Flottenvorlage bewilligen, nachdem die bekannten Forderungen, die Schaumweinsteuer u. s. w. zu wenig eingebracht. Das verrieth die Seele der jetzigen Zentrumspolitik, Abgeordneter Dr. Spahn, indem er in einer Rede zu Bonn am 21. September 1902 sagte:

„Die Mindestsätze (für Getreide und Vieh) zu ändern, gehe nicht an, denn man brauche sie bringen im Hinblick auf den Geldbedarf des Reiches... Der Schwerpunkt liegt daher in der Frage, woher die Mittel nehmen, deren das Reich bedarf, namentlich in Folge der höheren Aufwendungen für Heer und Marine.“

„Wir Zentrumsführer, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, können daher keinen Vertreter brauchen, der einen Gierzug aufführt nach der Fülle des Kriegsministers, sondern nur einen Mann mit Rückgrat.“

Oder heißt das noch eine Volkspartei sein, wenn man den Mittelstand, die Arbeiterschaft, den Bauer durch eine unerhörte Steigerung der Abgaben und Steuern ruiniert, wenn man diese Lasten nicht den Reichen, sondern dem arbeitenden Volke auferlegt, und wenn man dem armen Manne sein Hungerbrot noch verteuert und ihn gänzlichem Elend entgegenreibt?“

„Aber die Wittwen- und Waisenversicherung macht die Brotverteuerung wieder gut? Als ob ein Spießbude und Bestreuer gerechtfertigt wird, wenn er einmal den Noblen spielt! Wai über diesen Hohn! Diese Wittwenversicherung tritt erst in Kraft, wenn die Mehrzahl der jetzigen Arbeiterfamilien verschunden ist. Und wenn sich der christliche Staat auf der christlichen Familie aufbaut, ist es da recht, daß man der Familie 100 Mark vom täglichen Brot nimmt, und nach dem diese Familie durch den Tod des Vaters zerrissen und aufgelöst ist, den Hinterbliebenen 20 Mark zurückgibt? Solche Unverschämtheiten verbergen nicht die Schamröthe ob einer Volkverderbenden Politik.“

„Mag das Zentrum noch so treu unsere religiösen Interessen vertreten, unter den obwaltenden Umständen werden schließlich große Kreise des Volkes in unserer Partei eine energische Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen vermissen und sich der Sozialdemokratie zuwenden.“

„Auf daher zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht! Die kommende Reichstagswahl werde ein flammender Protest des katholischen Volkes gegen Unfähigkeit, Schwäche und Verrath seiner Führer!“

In demselben Flugblatt heißt es dann noch weiter über die Mundtodtmachung und Unterdrückung der Zentrumsführer aus den Arbeiterkreisen seitens der Zentrumsleitung:

„Als sich im vorigen Jahre katholische Arbeiter und Handwerker zusammenschlossen zu Zentrumsvereinen, um auf Grund des Zentrumsprogrammes eine volkshämliche Politik anzubahnen, da führten Parteivorstände wie Sekretäre des Volksvereins Sprengkolonnen in die von Zentrumsführern anberaumten Versammlungen, um die Opposition des kleinen Mannes gegen die reaktionäre Parteipolitik im Zentrum niederzuknirschen und niederzubrühen.“

„Diese Beeinträchtigung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungsrechts wagten die Herren der Zentrumspartheileitung gegenüber katholischen Arbeitern und Handwerkern in Köln, Kall, Mülheim, Rhegdt, Odenkirchen, M.-Stadbach; ja in Biersen wurde dem Zentrumsverein zweimal das Lokal abgetrieben u. s. zuletzt gar für eine vom Parteivorstand einderufene offizielle Versammlung ausgemietet!“

Und dieselbe Zentrumspartheileitung, die hier die Opposition der katholischen Arbeiter gegen die Brotwucherpolitik des Zentrums niederbrüllen ließ, läßt im Wahlkreis Bochum eine ganz andere Praxis. In diesem Bergarbeiterbezirke stellte sie einen leibhaftigen Bergarbeiter, Berse, zum Zwecke des Stimmenganges als Reichstagskandidaten auf, weil die Sünder des Brotwuchers drücken und man durch sonstige Kunststücken auf Erfolg rechnet. Diese Kunststücke sind: Der Kandidat Berse muß den Arbeitern in den Zentrumsversammlungen den Achtstundentag und das volle Koalitionsrecht versprechen. Wir führen dieses hier an, um die ungeheueren Heuchelei der Zentrumsführer zu charakterisieren. Diese Heuchelei wird schon treffend gekennzeichnet durch die verschiedenen Ausprägungen christlich organisierter Arbeiter von Zentrumsunternehmern wegen Ausübung des Koalitionsrechts; sie wird noch mehr gekennzeichnet durch die Niederstimmung des sozialdemokratischen Antrages seitens des Zentrums im Reichstage, der auf die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages, welcher in zu bestimmender Zeit bis auf 8 Stunden verkürzt werden sollte, hinielte; sie wird ferner gekennzeichnet durch die Aussprache eines hervorragenden und einflußreichen Führers des Zentrums, Barons von Hertling, der im Reichstage erklärte, daß er die Einführung eines gesetzlichen Arbeitstages für die erwachsenen männlichen Arbeiter bekämpfe, auch wenn hundertmal feststehe, daß der Zehnstundentag und selbst

